

Modernes Strategieverständnis (IV) 08.07.2015

BERLIN (Eigener Bericht) - Vom Bundesverteidigungsministerium mit der Erstellung eines neuen Weißbuchs beauftragte Experten fordern die nukleare Aufrüstung gegen Russland. Moskaus "atomares Säbelrasseln" lasse befürchten, dass die russische Regierung den Einsatz von Kernwaffen "ernsthaft" erwäge, weshalb die NATO ihre "Nuklearstrategie anpassen" müsse, behaupten leitende Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), die zur Zeit an dem militärpolitischen Grundlegendokument arbeiten. Ihrer Ansicht nach ist der Westen gehalten, eine Militärdoktrin zu entwickeln, die auf dem "Dreiklang aus Abschreckung, Resilienz und Verteidigung" basiert. Unter "Resilienz" wird dabei die Fähigkeit westlicher Gesellschaften verstanden, sich von Angriffen "rasch zu erholen". Grundlage hierfür sei die Stärkung des sozialen "Zusammenhalts" und die Verringerung der "Abhängigkeit von russischen Energielieferungen", heißt es. Moskau wird in diesem Zusammenhang unterstellt, sich der Methoden der "hybriden Kriegsführung" zu bedienen, die insbesondere darauf zielten, die baltischen Staaten durch die "Instrumentalisierung ihrer russischen Minderheiten" zu "destabilisieren". Nach Ansicht der DGAP hilft hiergegen nur ein "umfassender Ansatz", der die "Einbindung militärischer, diplomatischer, informationeller und ökonomischer Aktivitäten" ebenso vorsieht wie "Cyber- und Strafverfolgungsmaßnahmen".

Nukleare Aufrüstung

Wie das Bundesverteidigungsministerium mitteilt, hat es im Rahmen der Erstellung seines "Weißbuchs 2016" kürzlich einen "Expertenworkshop" über "Perspektiven hybrider Kriegsführung" veranstaltet.[1] Unter Vorsitz von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) diskutierten demnach 80 Fachleute aus Politik, Think-Tanks, Stiftungen, Wissenschaft und Bundeswehr mögliche Militäroperationen gegen Russland. Zur Begründung hieß es, der Westen müsse Moskau von seiner seit dem "Ukraine-Konflikt" verfolgten Strategie abbringen, durch die Kombination "militärische(r) Mittel mit ökonomische(m) Druck und Propaganda ... regionale Spannungen anzuheizen und schwache Staaten zu destabilisieren".[2] Vorgesehen ist zu diesem Zweck offenbar auch der Einsatz von Atomwaffen, wie einem Aufsatz leitender Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) zu entnehmen ist. In dem Papier, das den Teilnehmern des "Workshops" als Basislektüre diente, wird Moskau vorgeworfen, die "Drohkulisse eines Kernwaffeneinsatzes" aufzubauen, "um NATO- und andere Nachbarn einzuschüchtern". Da dieses "atomare Säbelrasseln" befürchten lasse, dass die russische Regierung den Einsatz von Kernwaffen "ernsthaft erwägt", müsse das westliche Militärbündnis nunmehr seine "Nuklearstrategie anpassen", schreiben die Autoren.[3]

Vier Verwundbarkeiten

Grundsätzlich sehen die in die Erarbeitung des Weißbuchs eingebundenen DGAP-Mitarbeiter nach eigenem Bekunden vier zentrale "Verwundbarkeiten" westlicher Gesellschaften, die es zu beseitigen gelte. Zum ersten sei aufgrund der "militärische(n) Schwäche" der NATO "Europas territoriale Unversehrtheit bedroht", heißt es mit Blick auf Russland: "Die NATO selbst hat festgestellt, dass sie für einen großen zwischenstaatlichen Konflikt nicht ausreichend vorbereitet ist. Andere Akteure könnten versucht sein, diese Schwäche zu nutzen, um ihre Interessen militärisch durchzusetzen. Ein solches Szenario wird vor allem für das Baltikum befürchtet." Zum zweiten leide die EU unter einem eklatanten Mangel an "politische(r) Geschlossenheit". Während in den baltischen Staaten die "Erinnerung an ihre Annexion durch die Sowjetunion 1940 noch recht frisch" sei, betrachte etwa Frankreich "Russland nicht (als) das Hauptproblem", sondern kümmere sich eher um die "Instabilität der Sahel-Zone". Diese unterschiedlichen Einschätzungen hätten "Spaltungspotenzial", erklären die Autoren. Zum dritten seien die westlichen Gesellschaften "enorm abhängig" von weltweiten "Strömen an Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital" - und insbesondere von "russischen Energielieferungen". Dies wiederum mache sie "anfällig" für "Störungen" aller Art. Zum vierten zeige die "Ukraine-Krise", dass eine mögliche militärische "Eskalation" derzeit "nicht in der Invasion einer Panzerdivision aus dem Osten" bestehe, sondern darin, "dass Staaten von innen destabilisiert werden, etwa indem Minderheiten aufgewiegelt werden". Hinzu komme die "Verwundbarkeit" der zentralen Infrastruktur wie Wasser- und Stromversorgung oder Transport- und Finanzwesen. Da sich die entsprechenden Unternehmen "oftmals in privater Hand" befänden, seien sie "eher auf Profit ausgelegt und nicht darauf, unter Konfliktbedingungen zu funktionieren", heißt es.[4]

Abschreckung...

Um die von ihnen aufgeführten "Verwundbarkeiten" zu kontern, empfehlen die DGAP-Mitarbeiter einen "Dreiklang aus Abschreckung, Resilienz und Verteidigung" als "Leitmotiv für Europas hybride Sicherheitspolitik". Analog zu westlichen Auffassungen

aus der Zeit des Kalten Krieges verstehen sie "Abschreckung" dabei gleichermaßen "konventionell" wie "nuklear". Zu ergänzen sei dieses Konzept um "zivile Maßnahmen" zur Gewährleistung der "inneren Sicherheit", heißt es. So müsse sich etwa die estnische Regierung "darauf vorbereiten, dass in russischsprachigen Städten Provokateure Behörden besetzen oder es zu Ausschreitungen kommt". Zur "Aufrechterhaltung öffentlicher Ordnung" könnten in diesem Fall "militärische Spezialkräfte" sowohl die Grenztruppen als auch Polizei und Justiz "unterstützen".[5]

... Resilienz...

Den in der sogenannten zivilen Sicherheitsforschung äußerst prominenten Begriff der "Resilienz" [6] definieren die DGAP-Mitarbeiter als Fähigkeit westlicher Gesellschaften, sich von "Angriffen" aller Art möglichst "rasch zu erholen". Insbesondere im Baltikum müsse zu diesem Zweck der "gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden", heißt es: "Es gilt, Radikalisierungen den Boden zu entziehen und Minderheiten so zu integrieren, dass sie gegen Aufwiegelung unempfindlich werden." Auch seien die "Grenzen zwischen den baltischen Staaten und Russland so zu befestigen, dass irreguläre Kämpfer nicht einfach einsickern können". Im "Energiebereich" müsse zudem eine "Diversifizierung der Versorgung" gewährleistet sein, um die "Abhängigkeit" von Russland zu minimieren.[7]

... Verteidigung

Die militärische "Verteidigung" des eigenen Territoriums schließlich erachten die DGAP-Mitarbeiter als "zentrale Aufgabe" der westlichen Staaten. Darüber dürfe allerdings das "Krisenmanagement" in Form von Kriegsoperationen "nicht vernachlässigt werden", heißt es; auch künftig sei insbesondere die EU gehalten, ihre Sicherheit "außerhalb Europas (zu) verteidigen". Vorrangig NATO wie EU müssten für eine "stabile internationale Ordnung" sorgen, schreiben die Autoren - zumal ihrer Ansicht nach trotz globaler "Kräfteverschiebungen" bislang "keine der aufstrebenden Mächte in großem Maße internationale Verantwortung übernehmen will".[8]

Feinde auf der ganzen Welt

Auch ein anderes in die aktuellen Weißbuchplanungen eingebundenes Autorenteam der DGAP spricht sich für einen "umfassenden Ansatz" der westlichen Militärpolitik aus. Gewaltoperationen seien stets durch "diplomatische, informationelle und ökonomische Aktivitäten" sowie durch "Cyber- und Strafverfolgungsmaßnahmen" zu komplettieren, erklären die Mitarbeiter des Think-Tanks.[9] Darüber hinaus fordern sie einen drastischen Ausbau der von den westlichen Staaten unterhaltenen Streitkräfte. Besonderes Lob erfährt folgerichtig die von der NATO als "Speerspitze" für künftige Kriegsoperationen vorgesehene "Very High Readiness Joint Task Force" (VJTF), die vorrangig aus Soldaten der Bundeswehr besteht (german-foreign-policy.com berichtete [10]). Grundsätzlich seien jedoch alle "Eingreiftruppen" zu befähigen, "schnell sowohl Angriffs- als auch Verteidigungsmaßnahmen ausführen zu können", heißt es: "Das ist wichtig, weil ein möglicher Bündnisfall ... nicht zwangsläufig auf einen Schauplatz begrenzt sein muss. Zudem muss man davon ausgehen, dass potenzielle Feinde auf der ganzen Welt die Situation in der Ukraine genau beobachten und ihre Schlüsse ziehen, welche Taktiken funktionieren und wie die westlichen Regierungen und ihre Armeen auf Bedrohungen reagieren." [11]

Bitte lesen Sie auch [Modernes Strategieverständnis \(I\)](#) , [Modernes Strategieverständnis \(II\)](#) und [Modernes Strategieverständnis \(III\)](#) .

[1] Wenn der Gegner nicht zu greifen ist - Expertenworkshop zur hybriden Kriegsführung. www.bmvg.de 25.06.2015.

[2] Weißbuchprozess: Workshop zu hybrider Kriegsführung. www.bmvg.de 18.06.2015.

[3], [4], [5] Claudia Major/Christian Mölling: Abschreckung plus. Hybride Bedrohungen erfordern eine hybride Sicherheitspolitik. zeitschrift-ip.dgap.org 01.05.2015 sowie www.bmvg.de 17.06.2015.

[6] Siehe hierzu [Umfassende Sicherheit](#) , [Effektive Abwehr](#) und [Gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit](#) .

[7], [8] Claudia Major/Christian Mölling: Abschreckung plus. Hybride Bedrohungen erfordern eine hybride Sicherheitspolitik. zeitschrift-ip.dgap.org 01.05.2015 sowie www.bmvg.de 17.06.2015.

[9] James Hackett/Alexander Nicoll: Vom Ziehen roter Linien. Um für hybride Kriege gerüstet zu sein, muss die NATO mehr tun. zeitschrift-ip.dgap.org 01.05.2015 sowie www.bmvg.de 17.06.2015.

[10] Siehe hierzu [Kriegsführung im 21. Jahrhundert \(I\)](#) und [Kriegsführung im 21. Jahrhundert \(II\)](#) .

[11] James Hackett/Alexander Nicoll: Vom Ziehen roter Linien. Um für hybride Kriege gerüstet zu sein, muss die NATO mehr tun. zeitschrift-ip.dgap.org 01.05.2015 sowie www.bmvg.de 17.06.2015.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com